

ST. GALLER

# TAGBLATT

ONLINE-AUSGABE DER GRÖSSTEN OSTSCHWEIZER TAGESZEITUNG

[www.tagblatt.ch](http://www.tagblatt.ch)

Samstag, 11. März 2006

## Waffenexporte durch die Hintertür

Bundesrat will altes Kriegsmaterial ohne Auflagen in Herkunftsländer zurück verkaufen

*Die Regierung spricht von einer erheblichen Ausfuhrbeschränkung für ausgedientes Kriegsmaterial. Doch Exporte in Krisengebiete wie den Irak sind weiterhin möglich. Die GSoA spricht von einer Mogelpackung und kündigt eine Initiative an.*

STEFAN SCHMID/BERN

Der Export von Kriegsmaterial erhitzt regelmässig die Gemüter. Insbesondere dann, wenn die alten Schützenpanzer oder Panzerhaubitzen in die Hände von Staaten fallen, die sich um die Einhaltung der Menschenrechte foutieren. Genau dies ist letzten Sommer passiert.

### Panzerhaubitzen für Marokko

Die Schweiz lieferte ausgediente M-109 Panzerhaubitzen an die Vereinigten Arabischen Emirate, welche die Artilleriegeschütze ohne Schweizer Einverständnis an Marokko weiterverkauften. Aufgrund dieses und anderer umstrittener Geschäfte mit nicht mehr benötigtem Kriegsmaterial setzte der Bundesrat im September 2005 eine interdepartementale Arbeitsgruppe ein, welche Vorschläge zur Verbesserung der Ausfuhrpraxis machen sollte. Ende Jahr schloss das Gremium die Arbeiten ab. Es kam zum Schluss, dass die Kriegsmaterialgesetzgebung (KMG) nicht verletzt worden sei. Dennoch gelte es, «den Kreis der Abnehmerländer von überflüssigem Kriegsmaterial zu begrenzen». Gestern nun hat der Bundesrat entsprechende Richtlinien erlassen:

- Altes Kriegsmaterial soll in erster Linie an das Herkunftsland zurück verkauft werden oder diesem kostenlos und ohne Auflagen überlassen werden. Konkret bedeutet dies, dass die Schweiz versuchen wird, den USA die alten Haubitzen und Schützenpanzer zurück zu verkaufen. Dies geht dann besonders gut, wenn man von den USA keine Endverbraucher-Erklärung verlangt. Denn nur so kann Washington die alten Panzer seinerseits weiterverkaufen – auch an Länder, denen die Schweiz keine Waffen liefern würde.

Um diese Weiterverkäufe zu verhindern, verlangt die Schweiz «in der Regel» eine Endverbraucher-Erklärung. Auf diese wird jetzt bewusst verzichtet, wohl wissend, dass so die Geschäfte besser abgewickelt werden können. Von einer «erheblichen Einschränkung» der Waffenausfuhr kann daher in keiner Weise gesprochen werden. Eingeschränkt werden die Exportmöglichkeiten nur dann, wenn das Herkunftsland nichts mehr von den einst gelieferten Waffen wissen will.

- In diesem Fall soll das Kriegsmaterial nur an Staaten verkauft werden, die wie die Schweiz allen internationalen Exportkontrollregimen angehören. Das sind vorab die westlichen Länder. Hier wird eine Endverbraucher-Erklärung verlangt.

- Finden sich partout keine Abnehmer, wird das Material in der Schweiz verschrottet.

Die Beschlüsse des Bundesrats stossen teils auf scharfe Kritik: Die SP spricht von der «Aushebelung der Endverbraucher-Erklärungen». Die Regierung nehme in Kauf, dass Schweizer Panzer via USA oder andere Staaten in den Irak, Pakistan oder Israel weiter verkauft werden. Und die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) hält fest, die Regierung sei nicht gewillt, friedenspolitische Aspekte bei Waffenexporten zu berücksichtigen. Die GSoA will deshalb eine Waffenausfuhrverbots-Initiative lancieren.

### **Sturmgewehre für Kairo**

Beiläufig hat der Bundesrat gestern zudem bekannt gegeben, dass Sturmgewehre und Pistolen an Ägypten und Saudi-Arabien geliefert werden. Beides Staaten, die Menschenrechte wenig beachten. Das Geschäft hat mit den neuen Richtlinien nichts zu tun, da es sich nicht um überschüssiges Kriegsmaterial handelt.

Copyright © St.Galler Tagblatt

Eine Publikation der Tagblatt Medien